

GUSTAV AUERNHEIMER

Revolution und Räte bei Hannah Arendt und Rosa Luxemburg

Gustav Auernheimer –
Jg. 1951, Dr. phil., Lehr-
beauftragter für Politische
Wissenschaft an der Uni-
versität Erlangen-Nürnberg

Zur Wahrnehmung

Die Rezeption Hannah Arendts in Deutschland seit zehn bis fünfzehn Jahren ist verblüffend. Während sie vorher an den Universitäten kaum präsent war, häuften sich plötzlich die Lehrveranstaltungen und wissenschaftlichen Kongresse, wurden Forschungszentren zu ihrer Person eingerichtet. Der Veröffentlichung bzw. Neuausgabe ihrer Werke folgte die Edition des Briefwechsels, u. a. mit den Philosophen Martin Heidegger und Karl Jaspers sowie dem Ehemann Heinrich Blücher.¹ Trotz der inzwischen breit gefächerten Rezeption bereitet die »Einordnung« Arendts weiterhin Schwierigkeiten. So schreibt der Autor einer Einführung, Hannah Arendt dürfe sicherlich als die bedeutendste deutsche Philosophin des 20. Jahrhunderts gelten. Wenige Seiten später erwähnt er, dass sie nach 1933 ablehnte, sich weiterhin als Deutsche zu begreifen.² Arendt selbst formulierte das Dilemma etwa folgendermaßen: Wir wurden als Juden aus Deutschland vertrieben, in Frankreich als »boches« interniert und nach dem deutschen Sieg nicht freigelassen, eben weil wir Juden sind.³

Der journalistische Charakter vieler Arbeiten Arendts mag zur verspäteten wissenschaftlichen Akzeptanz beigetragen haben. Hinzu kommt der unkonventionelle Charakter vieler Thesen, die sich häufig nicht mit dem akademischen mainstream vertrugen und teilweise apodiktisch formuliert sind. Zeitgenossen monierten den »romantischen, halb anarchistischen Rätegedanken« (Hans Morgenthau) oder die »Utopie der versunkenen Polis« (Dolf Sternberger). Mit manchen Positionen schuf sich Arendt viele Kontrahenten. Dazu gehören die Kritik an der Illusion der jüdischen Assimilation, die Stellungnahme für die Siedlungsbewegung in Palästina, aber gegen die Gründung eines jüdischen Nationalstaats, die Skepsis angesichts der mangelhaften Vergangenheitsbewältigung im Deutschland Adenauers, die Verteidigung der Studentenbewegung, das Festhalten an der amerikanischen politischen Tradition bei gleichzeitiger Ablehnung des Vietnamkriegs.⁴ Für die westliche Linke der sechziger bis siebziger Jahre war Arendt aus mehreren Gründen kaum akzeptabel. Im Rahmen der »Totalitarismustheorie« suchte sie nach strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen Nationalsozialismus und »realem Sozialismus«, was auch bei der undogmatisch antistalinistischen Linken überwiegend als falscher Ansatz galt, da er den humanen Kern im Kommunismus unterschläge. Ihre Theorie wollte rein politisch sein, sprach nicht vom Kapitalismus und seinen Krisen. Sie beruhte auf

1 Siehe Ingeborg Gleichauf: Hannah Arendt, München 2000, S. 8.

2 Siehe Siegbert Wolf: Hannah Arendt. Einführungen in ihr Werk, Frankfurt 1991, S. 7 u. S. 17.

3 Siehe ebenda: S. 11.

4 Siehe Otto Kallscheuer: Der verweigerte Dialog. Hannah Arendt und die europäischen Intellektuellen, in: Peter Kemper (Hrsg.): Die Zukunft des Politischen, Frankfurt 1993, S. 147 f.

einem normativ-ontologischen Ansatz, entgegen dem historisch-materialistischen, wie er damals Konjunktur hatte.⁵ Arendts Versuch, kommunikative Praxis nicht, wie etwa bei Habermas, als Grundbegriff in soziologische Theoriebildung zu integrieren, sondern als authentische Äußerung des Politischen von der sozialen Frage zu isolieren, stieß bei linken Sozialwissenschaftlern auf Unverständnis. Zudem wirkte ihre Unterscheidung von »Arbeiten«, »Herstellen« und »Handeln« als wenig überzeugend.⁶

Mit dem Zusammenbruch des »realen Sozialismus« 1989/90 und der damit verursachten Orientierungskrise trat ein völliger Wandel ein. Die Dissidentenbewegungen in Osteuropa erschienen im Sinne Arendts als »Gründung der Freiheit«, die »runden Tische« als Form der »elementaren Republik«. Im Westen kam es, teilweise im Rückgriff auf die Totalitarismustheorie, zum Abschied von der Kapitalismuskritik und zur Hinwendung an die »demokratische Frage«.⁷ Hannah Arendt war plötzlich aktuell, und zwar auf den verschiedensten Gebieten: Zivilgesellschaft, Multikulturalismus, Feminismus, Judentum, Philosophiegeschichte, Demokratietheorie.⁸ Ihre Wiederentdeckung, die während der achtziger Jahre in Frankreich, Italien und den USA langsam begonnen hatte, griff nun schlagartig auf Deutschland über. Teilweise nahm die Rezeption problematische Züge an. Arendt wurde zur Ikone eines universalisierten Verständnisses vom »Abgrund des Totalitären«. Ihre Idee einer Neugründung in der amerikanischen Revolution firmierte als Legitimation für den Gründungsmythos einer »Berliner Republik«, die sich von der Fixierung auf die NS-Vergangenheit befreien sollte. Das »Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung« in Dresden setzte seinen Forschungsschwerpunkt auf die ehemalige DDR.⁹ Dabei legte Arendt immer großen Wert auf die Unterscheidung von autoritären Systemen und totaler Herrschaft. Letztere beschreibt sie als eine Herrschaftsform, »deren Existenz mit der Existenz der Konzentrations- und Vernichtungslager steht und fällt«.¹⁰ Der Systemwandel in Osteuropa setzte eine komplexe, nichtmarxistische politische Theorie, wie sie Arendt bot, auf die Tagesordnung. Ihre große Ausstrahlungskraft ist jedoch ohne zwei weitere Faktoren nicht zu erklären. Der eine liegt im Aufstieg der Frauenbewegung während der achtziger Jahre. An den Universitäten entwickelte sich die »Frauenforschung«, wozu auch die Entdeckung bisher vernachlässigter oder vergessener Denkerinnen gehörte.¹¹ Der zweite Faktor hängt mit der zunehmenden Sensibilität für »jüdische Themen« im gleichen Zeitraum zusammen. Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust anlässlich des gleichnamigen Films oder der so genannte »Historikerstreit« bilden dabei wichtige Meilensteine.

Frau, Jüdin und keine Sozialistin – Hannah Arendt war gleichsam prädestiniert für die Rolle einer Theoretikerin der neuen Epoche. Der dritte Punkt ist der wichtigste, und er bezeichnet auch den Hauptunterschied zu Rosa Luxemburg. Deren Rezeption lässt sich ganz knapp in drei Strängen verfolgen. Der erste wurde z. B. von Stalin 1931 formuliert. Danach ersann Luxemburg ein utopisches, halbmarxistisches Schema der permanenten Revolution, das dann von Trotzki aufgegriffen und zu einer Waffe gegen den Leninismus gemacht wurde. Die Edition einer Luxemburg-Werkausgabe

5 Siehe Michael Th. Greven: Hannah Arendt – Pluralität und die Gründung der Freiheit, in: Peter Kemper (Hrsg.): Die Zukunft des Politischen, a. a. O., S. 88 f.

6 Siehe Otto Kallscheuer: Der verweigerte Dialog, a. a. O., S. 165.

7 Siehe Ulrich Rödel, Günter Frankenberg, Helmut Dubiel: Die demokratische Frage. Ein Essay, Frankfurt 1989, S. 71 f.

8 Siehe Hauke Brunkhorst: Hannah Arendt, München 1999, S. 148 f.

9 Siehe Dirk Auer, Lars Rensmann, Julia Schulze-Wessel: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Affinität und Aversion. Zum theoretischen Dialog zwischen Arendt und Adorno, Frankfurt 2003, S. 12.

10 Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft. I. Antisemitismus. II. Imperialismus. III. Totale Herrschaft, München 1986, S. 677.

11 Siehe Seyla Benhabib: Hannah Arendt. Die melancholische Denkerin der Moderne, Hamburg 1998, S. 21 f.

12 Siehe Klaus Kinner: Die Luxemburg-Rezeption in KPD und Komintern, in: Klaus Kinner und Helmut Seidel (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen des theoretischen Werkes, Berlin 2002, S. 311 ff.

13 Peter Nettl: Rosa Luxemburg, Köln – Berlin 1967 (Oxford 1965).

14 Siehe Gleichauf, a. a. O., S. 12.

15 Siehe Norman Geras: Rosa Luxemburg. Kämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus. Berlin 1979.

16 Siehe Fritz Keller: Vorwort, in: F. Keller/ S. Kraft (Hrsg.): Rosa Luxemburg. Denken und Leben einer internationalen Revolutionärin, Wien 2005, S. 7 f.

durch die KPD war bereits 1928 abgebrochen worden, der Bearbeiter Paul Frölich wurde als »Rechtsabweichler« aus der Partei ausgeschlossen.¹² Stalins Verdikt erfuhr später eine Abmilderung, so dass während der siebziger Jahre in der DDR die »Gesammelten Werke« erscheinen konnten. Der zweite Ansatz sieht in Rosa Luxemburg die Humanistin, die den Verfall des Marxismus in der Sowjetunion richtig vorausgesehen hat, deren Theorie aber weitgehend überholt ist. Hier lässt sich die große Biographie von Peter Nettl¹³ einordnen, deren Verdienst u. a. darin liegt, dass sie die Tätigkeit Luxemburgs in der polnischen Arbeiterbewegung ausführlich behandelt. Eine wichtige Rolle – auch für Arendt – spielen in diesem Rezeptionsstrang die Briefe Luxemburgs, deren erste Ausgabe wenige Jahre nach ihrem Tod herauskam. Sie korrigieren das Bild der »blutigen Rosa« und zeigen eine vielseitige, literarisch gebildete und menschlich einfühlsame Persönlichkeit.¹⁴ Die dritte Form der Wahrnehmung ist mit dem Entstehen einer »Neuen Linken« seit den sechziger Jahren verbunden. Rosa Luxemburg wurde gleichsam zur Kronzeugin für die Versuche, einen »Dritten Weg« zwischen Kapitalismus und stalinistischem Sozialismus zu öffnen. »Kämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus« lautet ein charakteristischer Buchtitel dieser Zeit.¹⁵ Wenn man will, kann man hier als Spätfolge auch die Tatsache einordnen, dass die PDS die ihr nahestehende Stiftung nach Rosa Luxemburg benannte.¹⁶

Luxemburg symbolisiert nicht wie Arendt eine Alternative *zum*, sondern *im* Sozialismus. Eine Alternative, die mit der historischen Bürde belastet ist, dass sich nicht nur die Frage »Sozialismus oder Barbarei« stellt, sondern nach Luxemburgs Tod auch die Möglichkeit »Sozialismus und Barbarei« auftrat.

Revolution und Räte

In einer Rezension der deutschen Ausgabe von »On Revolution« schreibt Jürgen Habermas, das Interesse Hannah Arendts an Phänomenen der Revolution sei eigentümlich beschränkt. Revolution bedeute für die Autorin Gründung einer Konstitution der Freiheit, wobei Freiheit schlicht die Teilnahme der Bürger an den Geschäften der Polis meine. Sie löse genau den Zusammenhang auf, der den Revolutionen der Neuzeit ihre wirkliche Bedeutung verleihe: die systematische Beziehung zwischen politischen Umwälzungen und der Emanzipation gesellschaftlicher Klassen. Die Institutionalisierung der öffentlichen Freiheit dürfe gemäß Arendt mit Konflikten der gesellschaftlichen Arbeit nicht belastet werden, politische Fragen sollen mit sozialökonomischen nicht vermisch werden. Dahinter stehe die Vorstellung von zwei Typen der Revolution, einer »guten« und einer »schlechten«: »Die gute Revolution fand in Amerika statt. Sie ging hervor aus einem Kampf um politische Freiheit und nicht aus einem Affekt gegen Ausbeutung und soziale Unterdrückung. Ihr Resultat war daher eine brauchbare politische Verfassung. Leider geriet sie in Vergessenheit.

Stattdessen ist die böse Revolution, nämlich die Französische, zum Muster aller späteren geworden. Sie hatte von Anbeginn die pauperisierten Massen auf die Bühne geschleudert und den politischen Freiheitskampf in einen sozialen Klassenkampf umfunktio-

niert. Ihr Mittel war der Terror und das Ergebnis die Gegenrevolution.«¹⁷ Doch der Zusammenhang von gesellschaftlichen Interessen und politischen Bewegungen wurde – so Habermas – nicht durch die Mobilisierung des französischen Elends gestiftet, sondern durch den Kapitalismus, der bei Arendt nicht vorkomme. Sie stilisiere ihr Bild von der griechischen Polis zum Wesen des Politischen überhaupt und bilde deshalb starre Dichotomien zwischen öffentlich und privat, Staat und Ökonomie, Freiheit und Wohlfahrt, politischem Handeln und Produktion. Das heutige komplementäre Verhältnis von Staat und Gesellschaft entziehe sich solchen Dichotomien. Politik könne nicht mit der Praxis derer, die miteinander reden, um gemeinsam zu handeln, identisch gesetzt werden.¹⁸

Hannah Arendt selbst betont, dass es vor den beiden großen Revolutionen am Ende des 18. Jahrhunderts keinen eigentlichen Revolutionsbegriff gab. Denn dieser sei unlösbar der Vorstellung verhaftet, dass sich innerhalb der weltlichen Geschichte etwas völlig neues ereignet. Jede spätere Revolution wurde als Fortsetzung der Französischen gesehen, als wären die Jahre dazwischen nur eine Pause gewesen, und jede lief nach den Spielregeln der Französischen ab. Ihre Vorherrschaft meint die der so genannten »sozialen Frage«, die bei Marx in einen politischen Faktor transformiert wurde.¹⁹ Doch keine Revolution des Westens habe die soziale Frage gelöst, ja vielmehr sei jeder Versuch, sie mit politischen Mitteln zu lösen, im Terror gependet. Aus der eigentümlichen Folgenlosigkeit der amerikanischen Revolution habe man fälschlicherweise geschlossen, daß dort nie eine richtige stattgefunden habe – eine Meinung, die in Amerika selbst verbreitet sei. Was die Männer der amerikanischen Revolution für die größte Errungenschaft ihrer neuen republikanischen Staatsform hielten, nämlich die Ausarbeitung und Anwendung von Montesquieus Lehre der Gewaltenteilung, sei niemals von Bedeutung für das revolutionäre Denken Europas gewesen.²⁰

Historisch gesehen unterscheiden sich laut Arendt die beiden Revolutionen vor allem dadurch, dass die amerikanische die Erbschaft einer »begrenzten Monarchie« und die Französische die eines »Staatsabsolutismus« antrat. Für das amerikanische politische Denken stand Montesquieus Gewaltenteilung fest, weil sie der englischen Verfassung entsprach. Rousseaus Begriff der *volonté générale* dagegen ist bindend für alle Fraktionen der Französischen Revolution, weil er erlaubt, sich die Menge als Person vorzustellen, die man an die Stelle des absoluten Königs setzen kann. Gesetz und Macht werden aus der gleichen Quelle abgeleitet. Die Jakobiner bekämpften, sobald sie an die Macht gelangt sind, die Konkurrenz der Volksgesellschaften und Pariser Sektionen und setzen die Staatsgewalt gegen föderalistische Tendenzen ein. Die gleichen Methoden benutzte nach 1917 die bolschewistische Regierung gegenüber den Räten (Sowjets), die Lenin nur als vorübergehende Organe gelten ließ.²¹ In Amerika wurde der Ort der Macht ins Volk verlegt, aber die Quelle aller Gesetze sollte die Verfassung sein. Das Ende der amerikanischen Revolution fällt für Arendt mit der Errichtung der Republik zusammen. Die »Townhall Meetings«, die demokratische Schule des Volkes, wurden nicht in die Verfassung des Bundes und der Staaten integriert. Dem Volk fehlt so ein wichtiger Raum, um seine Freiheit auszuüben.²²

17 Jürgen Habermas: Hannah Arendt, in: Ders.: Philosophisch-politische Profile, Frankfurt 1981, 3., erweit. Aufl., S. 224 f.

18 Siehe ebenda, S. 226, S. 239, S. 245.

19 Siehe Hannah Arendt: Über die Revolution, München 1974, S. 33, S. 76 f.

20 Siehe ebenda, S. 26 f.

21 Siehe Hannah Arendt: Macht und Gewalt, München 1970, S. 25; vgl. Oskar Anweiler: Die Rätebewegung in Rußland 1905-1921, Leiden 1958, S. 285 f.

22 Siehe Arendt: Über die Revolution, a. a. O., S. 201 f., S. 298 f.

23 Siehe Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? Mit einem Anhang: Miliz und Militarismus, in: Gesammelte Werke (GW), Band I, 1. Halbband, S. 425 f.

24 Siehe Rosa Luxemburg: Und zum dritten Male das belgische Experiment, in: GW, Bd. I, 2, S. 240 f.

25 Siehe Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, in: GW, Bd. II, S. 5 f.

Rosa Luxemburg sieht in der Eroberung der politischen Macht das Ziel aller aufstrebenden Klassen. Die Gesetzgebung sei das Produkt der Revolution, könne aber nicht an deren Stelle treten, wie die Revisionisten meinten. Ein solche Auffassung missachte den zentralen Unterschied der bürgerlichen Gesellschaft zu früheren Klassengesellschaften: Sie beruhe auf einem ökonomischen und nicht auf einem rechtlichen Verhältnis. Nichtsdestoweniger bilde die bürgerliche Demokratie eine wichtige Voraussetzung für den proletarischen Klassenkampf. Sie werde von der Bourgeoisie aufgegeben, wenn die Volksmassen sie benutzen. In Deutschland sei als Folge der reaktionären Weltpolitik die Arbeiterbewegung zur einzigen wirklichen Stütze der Demokratie geworden.²³ Revolutionen sind für Luxemburg nicht das einzige Kampfmittel, aber auch nicht etwas Überholtes. Sie widerspricht der Forderung des »sozialistischen Legalismus«, die Arbeiterbewegung solle prinzipiell auf die Anwendung von Gewalt verzichten. Die Gewalt sei ein Faktor der Geschichte, der kapitalistische Staat gründe darauf, seine militärische Organisation bilde den Beweis. Die bürgerliche Gesetzmäßigkeit stelle die zur verpflichtenden Norm erhobene Gewalt der herrschenden Klasse dar.²⁴

Die Theorie der Revolution schien durch die Ereignisse in Russland seit 1905 plötzlich Realität geworden zu sein. Für Luxemburg ist die Russische Revolution formal der letzte Ausläufer der Französischen. Die bürgerliche Gesellschaft vollende sich; zugleich entstehe ein neuer Zwiespalt, der zur Arbeiterklasse. Es gebe nur *einen* Kapitalismus, nur *eine* unteilbare Weltwirtschaft, deshalb seien alle modernen Revolutionen im Grunde genommen internationale Revolutionen, bei aller nationalen Vielfalt. Die formal bürgerliche Revolution werde in Russland nicht durch die Bourgeoisie vollzogen, sondern durch die Arbeiterklasse, die nicht mehr wie in den bisherigen Revolutionen als Anhängsel des Kleinbürgertums aufträte, sondern als bewusste, von Sozialdemokraten geführte Klasse. Deshalb verfolge sie keine Illusionen, wolle nicht den Sozialismus verwirklichen, sondern seine Vorbedingungen (Republik, Achtstundentag, Koalitionsfreiheit usw.). Luxemburg meint, die russische Revolution bilde eine Übergangsform von den bürgerlichen Revolutionen der Vergangenheit zu den proletarischen der Zukunft. Das Schicksal der ganzen kapitalistischen Welt werde in Russland entschieden.²⁵

Als neue Methode des proletarischen Kampfes gilt Luxemburg der Massenstreik. Die Erfahrungen damit will sie für die Politik der deutschen Sozialdemokratie auswerten. Sie wendet sich gegen ein schematisches Verständnis, wonach der Massenstreik aus einem wichtigen Grund von Partei und Gewerkschaft ausgerufen und dann wieder abgebrochen wird. Der Massenstreik habe vielmehr eine lange Vorgeschichte, trete in verschiedenen Formen auf, sei gekennzeichnet durch ein Ineinander von ökonomischen und politischen Zielen, die nicht getrennt werden könnten. Je nach beteiligten Gruppen laufe er teils spontan, teils unter Leitung der Sozialdemokratie ab, richte sich teils mehr gegen die Unternehmer, teils mehr gegen den absolutistischen Staat. Der Massenstreik sei keine Einzelhandlung, kein einmaliger revolutionärer Akt. Er ersetze nicht den Straßenkampf, reduziere ihn aber zu einem Moment in der langen revo-

lutionären Kampfperiode. Der Sozialdemokratie komme die Aufgabe zu, der Bewegung eine Parole zu geben, dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis vorauszuweichen. Der Massenstreik könne nur Erfolg haben, wenn er zu einer wirklichen Volksbewegung werde. Die Klassenbewegung des Proletariats dürfe niemals als Bewegung der organisierten Minderheit verstanden werden. Die Gewerkschaften würden sich im Kampf stärken, und die Einheit der Arbeiterbewegung könne nur unten, bei den organisierten Massen, erreicht werden, nicht durch Absprachen der Vorstände von Partei und Gewerkschaften.²⁶

Die allgemeinen, aus den Erfahrungen mit der russischen Revolution gewonnenen Positionen versucht Luxemburg in den bereits erwähnten Auseinandersetzungen um die preußische Wahlrechtsreform 1910 anzuwenden. Diese könne nicht durch parlamentarische Mittel erreicht werden, sondern nur durch unmittelbare Massenaktionen. Nach ihrer Meinung entsprechen die bis dahin durchgeführten Straßendemonstrationen nicht mehr dem Bewusstsein der Beteiligten. Es müsse ein weiterer Schritt erfolgen, der Massenstreik zwingt geradezu auf. In Frage komme zunächst ein kurzer einmaliger Demonstrationsstreik, der teilweise eine Verbindung mit gewerkschaftlichen Streiks in einzelnen Branchen eingehen werde. Der Partei falle die Aufgabe zu, die Aktionen durch richtige Parolen voranzutreiben. Dabei habe sich ihre hochgelobte Organisation und Disziplin zu erweisen.²⁷

Rosa Luxemburgs Anmerkungen »Zur russischen Revolution«, 1918 im Gefängnis verfaßt und 1922 erstmals veröffentlicht, stellen ihre wahrscheinlich bekannteste Schrift dar. Sie hält den erfolgreichen Umsturz vom Oktober 1917 für das gewaltigste Faktum des Weltkriegs. Die kritische Auseinandersetzung mit den russischen Ereignissen bilde die beste Schulung für das deutsche und internationale Proletariat. Die erste Periode der russischen Revolution entspreche in ihrem allgemeinen Verlauf genau dem Entwicklungsschema sowohl der großen englischen wie der großen Französischen Revolution: Von gemäßigten Anfängen über eine Koalition der Klassen und Parteien bis zur Alleinherrschaft der radikalsten Partei. Die Bolschewiki seien so die historischen Erben der Levellers und Jakobiner. Zunächst wurde an die Revolution von 1905 bis 1907 angeknüpft und die demokratische Republik erkämpft; das städtische Proletariat war dabei die vorwärts treibende Kraft. Die ganze Macht in den Händen der Sowjets bildete dann den einzigen Ausweg aus der Sackgasse, in welche die Revolution durch den Widerstand der Bourgeoisie gelangt sei. Die Alternative einer jeden großen Revolution habe sich gestellt: Vorwärtstürmen oder von der Konterrevolution erdrückt werden.²⁸

Luxemburg kritisiert die Auflösung der neugewählten Konstituante durch die bolschewistische Regierung im Januar 1918, da es sich bei den demokratischen Formen des politischen Lebens um unentbehrliche Grundlagen der sozialistischen Politik handle. Wenn Lenins und Trotzki's Argument zuträfe, dass die Zusammensetzung der Nationalversammlung nicht mehr dem Bewusstsein der Massen entspreche, dann hätte eine neue gewählt werden müssen. Sie wendet sich gegen eine schematische Einschätzung von Vertretungs-

26 Siehe Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: GW, Bd. II, 102 f., 142 f.

27 Siehe Rosa Luxemburg: Was weiter?, in: GW, Bd. II, S. 289 f.

28 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: GW, Bd. IV, S. 332 f., S. 342.

stitutionen, gegen die Auffassung, dass sie nur die Stimmung am Wahltag widerspiegeln. Die historische Erfahrung spreche vielmehr für eine dauernde Wechselwirkung zwischen Wählern und Gewählten, die in revolutionären Situationen besonders stark sei. Als Beispiel führt Luxemburg das englische »Lange Parlament« von 1642 bis 1649 an. Sie kritisiert ferner die Beschränkung des Wahlrechts im bolschewistischen Russland auf diejenigen, die von eigener Arbeit leben. Eine solche Regelung habe nur Sinn in einer Gesellschaft, die allen, die arbeiten wollen, ein auskömmliches Leben ermögliche, was in Russland nicht der Fall sei.²⁹ Die Auflösung der Nationalversammlung stelle nur eine diktatorische Maßnahme unter mehreren dar, hinzu komme die Abschaffung der Pressefreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechts. Luxemburg sieht die Gefahr, dass mit der Unterdrückung des politischen Lebens im ganzen Land auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmt. Doch die Aufgabe des Proletariats nach der Eroberung der Macht bestehe darin, anstelle der bürgerlichen Demokratie eine sozialistische zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.³⁰

Laut Hannah Arendt darf man die politischen und die rein wirtschaftlich-sozialen Forderungen nicht vermengen. Die Gewerkschaften seien niemals revolutionär gewesen, ihre Interessenkämpfe hätten die Arbeiterklasse in die moderne Gesellschaft integriert. Die Arbeiterparteien waren zumeist Interessenparteien, die sich nicht von anderen unterschieden. Als Reaktion darauf schlugen seit über 100 Jahren Volksbewegungen mit erstaunlicher Spontaneität und Regelmäßigkeit vor, das diskreditierte europäische Parteiensystem durch ein Rätensystem zu ersetzen. Die Vorstellung von einem Parlament, das sich auf Räte und nicht auf Parteien stützt, war von 1848 bis 1918 das Monopol der Arbeiterklasse. In der ungarischen Revolution von 1956 sei diese Forderung erstmals zu einer des ganzen Volkes geworden.³¹ Hier sieht Arendt ein Beispiel für Luxemburgs »spontane Revolution«, den plötzlichen, unorganisierten Aufstand des Volkes für die Freiheit und nichts sonst. Ihre Schrift »Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus« sollte in der deutschen Ausgabe die Widmung »Der Erinnerung an Rosa Luxemburg« tragen, was dann wegen Bedenken des Verlags weggelassen wurde. In Ungarn bildeten sich 1956 Arbeiter- und Soldatenräte, die seit 100 Jahren regelmäßig auftauchten, wenn das Volk vorübergehend die Chance hatte, seinem eigenen politischen Menschenverstand zu folgen. Die Räte hatten politische und ökonomische Funktionen; vor allem die ersteren interessieren Arendt, denn sie hält es für zweifelhaft, ob die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit auf die Wirtschaft anwendbar sind. Sie untersucht nicht die möglichen Formen einer Arbeiterselbstverwaltung in Fabrik und Gesellschaft, wie es etwa zur gleichen Zeit der manchmal zusammen mit Arendt genannte, aber lange nicht so prominent gewordene Cornelius Castoriadis tat.³² Die Räte stellen laut Arendt bis heute die einzige Alternative zum Parteiensystem dar, die einzige Alternative einer demokratischen Regierung in der Moderne.³³ In der Französischen Revolution entstanden gleichzeitig Parteiensystem und Rätensystem, die sich für Arendt gegenseitig ausschließen. In ihrem Gegensatz spiegele sich der Konflikt zwischen dem Parlament, dem Ursprung aller Parteien, und dem

29 Siehe ebenda, S. 347 f.

30 Siehe ebenda, S. 362 f.

31 Siehe Hannah Arendt: *Vita activa oder vom tätigen Leben*, München 1981, S. 273 f.

32 Siehe Castoriadis, Cornelius: *Arbeiterräte und selbstverwaltete Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1974.

33 Siehe Hannah Arendt: *Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus*, in: Dies.: *In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II*, Hrsg. von U. Ludz., München 2000, S. 102 f.

Volk, das die Macht an seine Vertreter verloren habe. Trotz des gemeinsamen Ursprungs mit dem Parteiensystem bezeichnet Arendt das Rätssystem als die einzige Staatsform, die unmittelbar aus der Revolution entsprungen ist. Bei den Räten gehe es um die Konstituierung der »wahren Republik«. ³⁴

Für Arendt ist Luxemburgs wichtigster Beitrag zur politischen Theorie die Einsicht in die Bedeutung des spontanen Handelns, der direkten Aktion. Die Räte könnten dieses Moment institutionalisieren. Sie entsprächen dem Wunsch nach Ordnung, unterständen aber keiner höheren Instanz, so dass Spontaneität die treibende Kraft bleibe. Unsere vorangehenden Ausführungen haben aber gezeigt, dass Rosa Luxemburg keineswegs eine Theoretikerin des reinen Spontaneismus war. Dialektik von Spontaneität und Organisation, innerhalb derer das Verhältnis von Massen und sozialdemokratischer Partei ein entscheidender Faktor ist – so lässt sich ihre Position vielleicht umreißen. ³⁵ Arendts Interpretation weist Berührungspunkte mit der älteren kommunistischen auf, in der ebenfalls die Spontaneitätstheorie einen zentralen Platz einnimmt, hier allerdings als schwerste Sünde des »Luxemburgismus«. ³⁶ In den Passagen Hannah Arendts zur deutschen Revolution 1918/19 wird deutlich, dass sowohl ihr Konzept der Räte als auch ihre Einordnung Luxemburgs in dieses Konzept teilweise auf falschen historischen Annahmen beruht. Sie meint, gesellschaftliche und wirtschaftliche Forderungen hätten in den Räten immer eine erstaunlich geringe Rolle gespielt. Auch Arbeiterräte seien politische Organisationen. Die Forderung der Arbeiter nach Leitung der Betriebe entspreche dem Wunsch von Individuen zum Aufstieg. Sie schreibt, der Rätegedanke breitete sich 1918 in Deutschland neben den radikalen Gruppen aus und für die Zusammensetzung der Räte spielte die Parteizugehörigkeit keine Rolle. ³⁷ In Wirklichkeit zeigten die Streikbewegung und die aus ihr hervorgegangenen Räte ein anderes Bild. Die Aprilstreiks 1917 in Berlin wurden von einem Kreis oppositioneller Obleute im Deutschen Metallarbeiter Verband vorbereitet. Den unmittelbaren Anlass bildete eine Kürzung der Brot ration im Rahmen der staatlichen Lebensmittelrationierung. Die Forderungen der Streikenden berührten sich mit dem Programm der zur gleichen Zeit gegründeten Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD); die »Revolutionären Obleute« traten ihr zum großen Teil als Gruppierung des linken Flügels bei, ebenso der Spartakusbund. Bei einer neuen Welle von Arbeitsniederlegungen im Januar 1918 legten sich dann betriebliche und überbetriebliche Streikleitungen den Namen »Arbeiterrat« zu. ³⁸

Arendt behauptet, keine Partei habe die Bildung von Räten unterstützt. Zur Jahreswende 1918/19 konstituierte sich in Berlin der Spartakusbund zur Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Der von Rosa Luxemburg verfasste Entwurf wurde mit unwesentlichen Änderungen als Parteiprogramm beschlossen. Darin wird die Beseitigung aller Parlamente und die Übernahme ihrer Funktionen durch Arbeiter- und Soldatenräte gefordert. Verlangt wird ferner die Wahl von Arbeiterräten für ganz Deutschland durch »die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land nach Betrieben«. Die Arbeiter- und Soldatenräte sollen einen Zentralrat

34 Siehe Hannah Arendt: *Über die Revolution*, a. a. O., S. 317, S. 327, S. 341.

35 Siehe Norman Geras: *Rosa Luxemburg. Kämpferin für einen emanzipatorischen Sozialismus*, Berlin 1979, S. 9 f., S. 103 f.

36 Siehe Peter Nettl: *Rosa Luxemburg*, Köln-Berlin 1967 (Oxford 1965), S. 748 f.

37 Siehe Hannah Arendt: *Über die Revolution*, a. a. O., S. 337 f., S. 352.

38 Siehe Manfred Scharer: *Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung*, Stuttgart 1985, S. 94 f.

39 Siehe Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund? in: GW, Bd. IV, S. 1918, S. 446 f.

40 Siehe Manfred Scharer: Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1985, S. 159 f.

41 Siehe Arendt: Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus, S. 102.

42 Siehe Peter Nettl: Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 685.

43 Siehe Hannah Arendt: Fernsehgespräch mit Günter Gaus, in: Hannah Arendt: Ich will verstehen. Selbstauskünfte zu Leben und Werk, mit einer vollständigen Bibliographie, hrsg. von U. Ludz, München 1996, S. 47, S. 51, S. 44.

44 Siehe Arendt: Diskussion mit Freunden und Kollegen in Toronto, in: Hannah Arendt: Ich will verstehen, a. a. O., S. 73, S. 77.

45 Siehe Ralf Kulla: Revolutionärer Geist und republikanische Freiheit. Über die verdrängte Nähe von Hannah Arendt zu Rosa Luxemburg, mit einem Vorwort von Gert Schäfer, Hannover 1999, S. 19 f.

46 Siehe Michael Hardt, Antonio Negri: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire, Frankfurt am Main – New York 2004, S. 134 f.

wählen, der wiederum aus seiner Mitte einen Vollzugsrat als oberstes Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt bestimmt. In den Betrieben sind Betriebsräte zu wählen, die im Einvernehmen mit den örtlichen Arbeiterräten die Betriebsleitung übernehmen.³⁹ Unter dem Eindruck der deutschen Novemberrevolution bezog Luxemburg nun Positionen, die sie anhand der russischen Oktoberrevolution noch kritisiert hatte. Dazu gehörte ihre Stellungnahme gegen eine Verfassungsgebende Nationalversammlung; an deren Wahl wollte sie nur aus taktischen Gründen teilnehmen. Oder die Beschränkung des Wahlrechts auf eine bestimmte Bevölkerungsgruppe. Doch bereits kurz vorher waren die Weichen in eine andere Richtung gestellt worden. Der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte, der am 16. Dezember 1918 in Berlin zusammentrat, entschied mit großer Mehrheit (344 zu 98 Stimmen) für die Wahl einer Nationalversammlung und gegen das Räteystem. Von den 489 Delegierten gehörten 298 zur SPD, 101 zur USPD und 10 zum Spartakusbund.⁴⁰ Die Zahlen sprechen gegen Arendts Einschätzung, wonach hinter den Räten keine Ideologie stehe und es nur um Personen gehe, nicht um Parteien.⁴¹ Der Antrag, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am Rätekongress mit beratender Stimme teilzunehmen zu lassen, wurde abgewiesen, mit der Begründung, dass sie weder Arbeiter noch Soldaten seien.⁴²

Was bleibt

In einem Fernsehgespräch mit Günter Gaus sagte Hannah Arendt, dass sie sich nicht als Philosophin fühlt. Ihr Beruf, soweit man davon sprechen könne, sei die politische Theorie. Der Ausdruck »politische Philosophie« sei vorbelastet durch Tradition, durch Feindseligkeit der meisten Philosophen gegen die Politik. Diese wolle sie durch von der Philosophie ungetrübte Augen sehen.⁴³ Entscheidender als dieser Unterschied ist jedoch ein anderer. In der ebenfalls angeführten Diskussion mit Freunden und Kollegen sagte sie von sich selbst, dass sie in erster Linie am Verstehen interessiert sei, andere Menschen dagegen am Tun. Sie sei nie Sozialistin oder Kommunistin gewesen, wie es für ihre Generation selbstverständlich war, habe nie das Bedürfnis verspürt, sich politisch zu binden.⁴⁴ Hier liegt der entscheidende Unterschied zu Rosa Luxemburg. Von daher erscheint auch Kullas Auffassung, beide Theoretikerinnen würden sich gegenseitig ergänzen, als fraglich. Er meint, der weitgehenden Verständnislosigkeit Arendts für soziale und wirtschaftliche Themen stehe die Kompetenz Luxemburgs gegenüber, und Arendts Präferenz für das Räteystem werde durch Luxemburgs Verteidigung des Parlamentarismus gleichsam korrigiert.⁴⁵ Aus dem Vorangegangenen sollte klar hervorgehen, dass sich eine solche »verdrängte Nähe« schwerlich feststellen lässt.

Bei der Frage, was von Luxemburgs Politik noch aktuell sein könnte, fallen einem »spontan« vielleicht drei Punkte ein: Ihre Darstellung der zerstörerischen, für viele Menschen katastrophalen Folgen der weltweiten Expansion des Kapitalismus, bei der manche Passagen an gegenwärtige Probleme der Globalisierung und an Argumente der Globalisierungsgegner erinnern.⁴⁶ Heutige Autoren weisen jedoch auch darauf, dass die volle Entfaltung des Weltmarkts

Luxemburgs Trennung von »Innen« und »Außen« überwand, also die rigiden Grenzen des Imperialismus, die Blockaden des freien Kapitalflusses.⁴⁷ Ein zweiter Punkt ist Luxemburgs Insistieren auf den Momenten des Bewusstseins und des Lernens durch Erfahrung in politischen Bewegungen, ihre Weigerung, Spontaneität und Organisation, Handeln an der »Basis« und Mitarbeit in Institutionen als sich ausschließende Gegensätze zu sehen. Der dritte Punkt umfaßt Luxemburgs Kritik am Nationalitätsprinzip, am »Selbstbestimmungsrecht der Völker«, die nach dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien oder in Tschetschenien unerwartete Aktualität erfuhr. Politische und sozio-ökonomische Gründe bestimmen Luxemburgs Position für oder gegen nationale Unabhängigkeit; im Falle Polens sprachen sie nach ihrer Meinung dagegen. An Stelle der Auflösung multinationaler Staaten forderte sie volle Gleichberechtigung aller Bürger und kulturelle Autonomie der einzelnen Volksgruppen, einschließlich des Rechts auf die eigene Sprache.⁴⁸ Anhand der Kontroverse um die nationale Selbstbestimmung Polens zeigt sich allerdings eine Intransigenz, die bei Luxemburg auch andernorts auftaucht: Die mangelnde Kompromissbereitschaft, die manchmal sinnvolle politische Bündnisangebote verhindert, etwa gegenüber liberalen Kräften in der preußischen Wahlrechtskampagne. Oder ein gewisser Hang zur Rechthaberei und zu überzogener persönlicher Polemik, die sich oft mit Sachthemen hoffnungslos verwirrt.⁴⁹

Über den möglichen Anknüpfungspunkten darf nicht übersehen werden, dass der Zusammenhang, in dem sie erst zu Machtfaktoren gerieten, heute nicht mehr besteht: Die sozialistische Arbeiterbewegung mit ihrer Massenbasis, ihrem dichten Netz von politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen, ihren Bildungseinrichtungen, Zeitungen und Theoriezeitschriften. Auf einen solchen Kontext ist Hannah Arendts Denken nicht angewiesen. Wie im ersten Kapitel erwähnt, bietet es vielfältige Anknüpfungspunkte, reichlicher als Rosa Luxemburg, ist aber auch der Gefahr der Beliebigkeit ausgesetzt, einer Interpretation, die jede(r) für verschiedene Zwecke nutzen kann. Das Milieu der deutschen Arbeiterbewegung, das 1933 empfindlich getroffen wurde, konnte in abgeschwächter Form nach dem Ende von Krieg und »Drittem Reich« noch einmal wiederbelebt werden, bis ihm die gesellschaftliche Modernisierung seit den sechziger Jahre immer mehr den Boden entzog. Ein anderes Milieu ist seit dem Nationalsozialismus unwiederbringlich zerstört: das der jüdischen Intellektuellen. Deren Beitrag spielte für die sozialistische Theoriediskussion eine hervorragende Rolle. Zerstört wurde eine deutsch-jüdische Symbiose, die sowohl den Lebensweg und das Denken Arendts als auch Luxemburgs prägte. Hannah Arendt und ihr Mann Heinrich Blücher scheinen das 1941 beim Verlassen Europas gespürt zu haben. Beide haben die ihnen übergebenen Thesen Walter Benjamins »Über den Begriff der Geschichte« am Quai von Lissabon laut für sich und die anderen Flüchtlinge verlesen. Das laute Lesen entsprach dem Beten eines geschichtsphilosophischen Kaddischs für den deutschen Juden Walter Benjamin. Es markierte, als gleichzeitiger Abschied von Europa, das wohl unwiderrufbare Ende einer Kulturepoche, der Synthese zwischen jüdischer und deutscher Geistigkeit.⁵⁰

47 Siehe Dies.: Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt am Main – New York 2002, S. 342 f.

48 Siehe Ralf Kulla: Revolutionärer Geist, a. a. O., S. 25 f.

49 Siehe Peter Netti: Rosa Luxemburg, a. a. O., S. 819 f.; vgl. Elzbieta Etinger, Rosa Luxemburg. Ein Leben, Berlin 1990, S. 210 f.

50 Siehe Bernd Neumann: Hannah Arendt und Heinrich Blücher. Ein deutsch-jüdisches Gespräch, Berlin 1998, S. 108 f.